



Auenwaldschule Böklund Grundschule



Schleswiger Nachrichten

21.01.2013

Handlungsbedarf beim Breitbandausbau

Zusammenführung von Schulen und Kindergärten und Umstellung der Wehren auf Digitalfunk stehen im Amt Südangeln vorn auf der Agenda



Amtsvorsteher Hans Werner Berlau (links) und der leitende Verwaltungsbeamte Heiko Albert berichten, was in diesem Jahr im Amt Südangeln ansteht.
Foto: Kuhl

Amt Südangeln. Auch wenn Südangelns Amtsvorsteher Hans Werner Berlau zur Kommunalwahl nicht mehr für ein öffentliches Amt kandidieren will, liegt ihm die Zukunft des Amtes auch darüber hinaus noch am Herzen. Gemeinsam mit seinem leitenden Verwaltungsbeamten (LVB) Heiko Albert gab er jetzt Auskunft über die anstehenden Aufgaben, die nur zum geringen Teil noch vor der Wahl erledigt werden können.

Ein Aufgabenfeld, das weitgehend in trockenen Tüchern ist, besteht in der Unterbringung von Kindern unter drei Jahren (U 3). "Wir können inzwischen im gesamten Amt Südangeln das gewährleisten, was gefordert wird", erklärte Berlau - auch wenn es noch nicht das sei, was der Gesetzgeber gerne hätte. Doch man richte sich da nach dem Bedarf. Einen räumlichen Engpass gebe es zurzeit noch in Tolk, den man aber mit Containern überbrücken wolle, so Berlau.

Ein weiteres Thema sei die Zusammenführung von Grundschulen und Kindergärten. Hierzu finde demnächst ein Gespräch mit den betreffenden Bürgermeistern statt. "Das Problem besteht darin, dass wir im Bereich des ehemaligen Amtes Tolk drei Grundschulstandorte und fünf Kindertagesstätten haben", erläutert Albert die Situation. Alle miteinander zu vernetzen und auch noch eine Ganztagsbetreuung zu gewährleisten, sei auf Dauer finanziell nicht darstellbar. Doch der zugehörige Diskussionsprozess sei noch nicht abgeschlossen. "Es ist kein Problem, einen Kindergarten oder eine Schule zu bauen - aber es ist ein riesiges politisches Problem, die Zahl zu reduzieren", so Albert. Auch sei es wichtig, abzuklären, was für Kriterien Eltern bei der Wahl der Schule hätten. Seien Betreuungszeit oder Entfernung wichtiger? Doch diese Fragen könnten wahrscheinlich erst nach der Kommunalwahl geklärt werden, so Albert.

"Außerdem wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Auenwaldschule in Böklund noch attraktiver machen", umreist Berlau ein weiteres Thema. Man spüre deutlich, dass die Akzeptanz kleinerer Schulen bei den Eltern gestiegen sei. Die Auenwaldschule sei für die von der Landesregierung gewollte Umstellung von Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen gut gerüstet.

Bei den Feuerwehren des Amtes stehe die Umstellung auf Digitalfunk und die Anschaffung neuer Fahrzeuge zur Erfüllung der Brandschutzbedarfsplanung an - auch wenn diese Aufgaben in die Finanzhoheit der Gemeinden fielen, würde das Amt diese koordinieren. Einzig bei der Unterbringung der Jugendfeuerwehr Böklund gebe es Klärungsbedarf.

In dieser Angelegenheit vermisst Albert eine Linie bei der Entscheidungsfindung. Es fehle ein klares Anforderungsprofil. Zurzeit stünden eine Containerlösung und die Unterbringung in der Auenwaldschule zur Diskussion. "Es müssen dazu jetzt Personenzahlen, Nutzungsart und Infrastruktur ermittelt werden", meint Albert. Erst dann könne man sich für eine Lösung entscheiden und sich die Frage stellen, wie sie finanziert werden könne. Das Verfahren sei aber bereits weit fortgeschritten.

Auch im Thema Breitbandversorgung ist Dynamik. Da die einzelnen Gemeinden und teilweise sogar Ortsteile unterschiedliche Versorgungsraten haben - und zum Teil sogar eigene Lösungen anbieten - wird es eine einheitliche Amtslösung nicht geben. "Aber es gibt keinen Stillstand und es gibt auch keine Eier legende Wollmilchsau", meint Albert. Auch müsse man über neue Organisationsformen nachdenken - wie Bürgergesellschaften, die ein Glasfasernetz in Kombination von Bürgern und Gemeinde finanzierten. "Vielleicht werden wir das in ein oder zwei Gemeinden des Amtes einmal beispielhaft ausprobieren", verrät Albert.

Für die Anpassung an die neue Amtsordnung, die nur die Übertragung von fünf Aufgaben der Gemeinden auf das Amt erlaubt, sei man bereit. "Die Lösung wird nicht vernünftig und nicht praktisch sein", mokiert sich Albert. Aber besonders hier mache es Sinn, das den neu gewählten Gemeindevertretungen zu überlassen. Man habe dazu bis Ende 2014 Zeit.

Weitere Aufgaben der neuen Gemeindevertretungen seien die Festlegung der Straßenausbaubeiträge. Nur eine der 16 Gemeinden des Amtes habe dazu bereits eine Satzung erlassen. Bei den Schulkostenbeiträgen, die vom Land von Pauschal- auf Vollkostenrechnung umgestellt wurden, fehle es an Handreichungen des Landes, in denen die Grundsätze festgeschrieben werden. "Wir müssen es schaffen, zumindest im Kreis zwischen den Schulträgern einen gemeinsamen Modus zu finden, der die gesamte Sache einigermaßen friedlich hält", so Alberts Vorgabe. Ansonsten bekämen die Gerichte viel Arbeit.